

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

September 2024

**STAND UP
FOR LIFE!**

MARSCH FÜRS LÄBE
MARCHE POUR LA VIE
MARCIA PER LA VITA



KEIN ESC IN DER SCHWEIZ

Die Referendums-Kampagne
der EDU Schweiz.

Seiten 4 & 5

ISRAEL IM MEHR- FRONTEN-KRIEG

Eveline Rytz darüber, warum keine
Kraft der Welt Israel aufhalten kann.

Seiten 8 & 9

KANTON BERN

- Erfolg für EDU: Kein ESC im Kt. Bern
- Kann Moutier-Abstimmung jahrhundert-
alten Konflikt lösen?
- Gemeindewahlen Herbst 2024

KANTONALTEIL

Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

«Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar!)»

Mit konkreten Massnahmen die schleichende Abschaffung des Bargelds verhindern – das bezweckt die Bargeldinitiative II. Ablauf der Sammelfrist: 21.09.2024

Wenige Wochen vor Ablauf der Sammelfrist fehlen noch tausende Unterschriften! Bitte alle Unterschriften schnellstmöglich an das Komitee einsenden. Jede Hilfe zählt!

➔ Weitere Infos: www.ichzahlebar.ch

«Für den wirksamen Schutz der verfassungsmässigen Rechte (Souveränitätsinitiative)»

Souveränität der Schweiz und Grundrechte des Volkes stärken. Ablauf der Sammelfrist: 17.04.2025

➔ Weitere Infos: www.grundrechte-ja.ch

Volksinitiative «Zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf»

Auf dem Gebiet des Schweizerischen Nationalparks soll der Wolf den Status einer geschützten Art erhalten.

Im übrigen Gebiet der Schweiz sollen Wölfe als ganzjährig jagdbare Art gelten. Ablauf der Sammelfrist: 2.11.2024

➔ Weitere Infos: www.wolfsinitiative.ch

Eidg. Volksabstimmungen vom 22. September 2024

Parolen der EDU Schweiz

Nein

zur Volksinitiative vom 8. September 2020
«Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)»

Ja

zur Änderung vom 17. März 2023 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)»

Alle weiteren Infos finden Sie unter
www.edu-schweiz.ch/abstimmungen



Save the Date

Jubiläumsfeier / Festakt «50 Jahre EDU» Samstag, 17. Mai 2025

Mit Rahmenprogramm,
Grussbotschaften,
Rückblicken.

Alle Mitglieder und
Sympathisanten sind
herzlich eingeladen!
Reservieren Sie sich
das Datum schon heute.

Alle weiteren Informationen folgen.



Wort des Monats

«HÖRT AUF MICH, IHR INSELN, / MERKT AUF, IHR VÖLKER IN DER FERNE!
DER HERR HAT MICH SCHON IM MUTTERLEIB BERUFEN; / ALS ICH NOCH IM
SCHOSS MEINER MUTTER WAR, HAT ER MEINEN NAMEN GENANNT.»

Jes 49,1

Stillschweigende Zustimmung ist keine Option

Liebe Leserinnen und Leser



Am 1. August durfte ich anlässlich des nationalen Gebetstages in Bulle FR eine kurze Ansprache halten. Mir war nicht nach netten, nichtssagenden Worten zumute – zu sehr beschäftigen mich gewisse Entwicklungen in dieser Welt. In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurde alles Christliche in der Gesellschaft immer mehr an den Rand gedrängt oder aus der Öffentlichkeit verbannt. Es gibt aber kein weltanschauliches Vakuum und so nehmen andere Ideologien wie die «Klimareligion», die Gender-Ideologie oder auch der Islam in Europa immer mehr Raum ein.

Besonders destruktiv wird es, wenn bei internationalen Grossanlässen vermehrt das Okkulte zelebriert wird und damit in der geistlichen Welt Altäre des Bösen errichtet werden. Ich denke da an die zutiefst okkulte Einweihungsfeier des Gotthard-Basistunnels Anfang Juni 2016. Vor wenigen Wochen habe ich mir den Beitrag der irischen Sängerin «Bambie Thug» am Eurovision Song Contest 2024 angeschaut – absolut unverständlich, dass eine solche öffentliche Zurschaustellung von Satanismus erlaubt ist, während die Heilsarmee am ESC 2013 sogar ihren Namen ändern und auf ihre Uniformen verzichten musste. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Eröffnungs- und Schlusszeremonien der diesjährigen Olympischen Spiele in demselben blasphemischen und okkulten Geist abgehalten wurden.

Wie sollen wir Christen darauf reagieren? Ein freikirchlicher Pastor fand die Zeremonie «eindrücklich» und «echt klasse», andere betonten in diesem Zusammenhang nur, dass Jesus alle Menschen annimmt und liebt. Für mich ist das eine schwere geistliche Blindheit. Ich bin überzeugt, dass wir als Christen auf diese Entwicklungen mit Gebet und Taten reagieren sollten. Stillschweigende Zustimmung zu diesen okkulten Praktiken ist definitiv fehl am Platz. Das Referendum gegen den Kredit für die Durchführung des ESC in der Schweiz ist eine einmalige Gelegenheit, diese Missstände (inkl. des grassierenden Judenhasses am ESC) auch medienwirksam zu thematisieren. Am Sonntag, 1. September, treffen sich zudem Christen aus der ganzen Schweiz in Erstfeld und Bodio, um die Wiedereröffnung des Tunnels unter Gottes Schutz zu stellen (weitere Infos: gebetsimpulse.ch).

Es ist Zeit, geistlich wach und aktiv zu sein.

Samuel Kullmann, Grossrat EDU BE, GL-Mitglied EDU Schweiz

Monats-Karikatur: «Propaganda in ESC-Dur»



Keine Steuergelder für woken ESC!

Die EDU Schweiz ruft dazu auf, sämtliche Staatsbeiträge für die Durchführung des ESC in der Schweiz dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Zur Koordination der Unterschriftensammlung hat sie die Plattform www.Stopp-ESC2025.ch lanciert.



Diverse Schweizer Städte haben sich für die Austragung des Eurovision Songcontests (ESC), der im Jahr 2025 in der Schweiz stattfinden soll, beworben. Die Kosten dafür betragen rund 40 Millionen Franken. Am 19. Juli 2024 kommunizierte die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), dass die Kandidaturen von Bern/Biel und der Stadt Zürich gescheitert sind – so verbleiben noch die Kandidaturen von Basel-Stadt und Genf. Am 30. August wird die SRG dann bekannt geben, ob Basel oder Genf den definitiven Zuschlag erhalten wird.

Staatliche Finanzbeiträge an den ESC (für die es Parlamentsbeschlüsse braucht) unterliegen dem fakultativen Referendum. Um einen Volksentscheid zu ermöglichen, ergreift die EDU in jenem Kanton, der den ESC 2025 beherbergen und finanziell mit Millionen an Steuergeldern unterstützen will (Basel-Stadt oder Genf), das Referendum. Ein Kraftakt, der die EDU viele Ressourcen (vor allem auch viel Geld!) kosten wird, der aber aus verschiedenen Gründen nötig ist.

Unsere Hauptargumente gegen eine Durchführung des ESC in der Schweiz:



ZVG

Nein zur Geldverschwendung

Die Kantone und Städte kämpfen mit grosser Mühe um ausgeglichene Budgets. Es stehen überall wichtige Investitionen an und die Bevölkerung verdient angesichts der sich zuspitzenden Wirtschaftslage finanzielle Entlastungen. Diese dürfen nicht durch einen ungeplanten Kredit an den ESC in Millionenhöhe gefährdet werden. Der ESC setzt hohe Millionenbeträge um. Da kann es nicht sein, dass die öffentliche Hand derart hohe Staatsbeiträge auf Kosten der Steuerzahler sprechen muss.

Nein zu Antisemitismus

Leider hat sich der ESC immer mehr zu einer Veranstaltung entwickelt, bei der Antisemitismus salonfähig wurde. Das hat in der Schweiz nichts zu suchen! Das Ausmass der Anfeindungen gegen die israelische Sängerin Eden Golan am ESC 2024 in Schweden ist nicht tolerierbar: Die Israelis wurden von anderen Delegationen gemobbt, ausgebuht und konnten nur unter hohen Sicherheitsvorkehrungen überhaupt an den Tagungsort gelangen. Einem ESC, der solche jüdenfeindlichen Exzesse viel zu wenig deutlich unterbunden hat, wollen wir kein Forum bieten.

Nein zum Imageverlust

Der ESC hat sich zu einem Anlass entwickelt, an dem nicht mehr die Musik im Zentrum steht, sondern Polit-Show und destruktive Umtriebe. Schweden, das den ESC 2024 beherbergt hatte, erlebte keine Aufwertung, sondern einen Imageverlust! Das würde auch in der Schweiz passieren, wenn radikalisierte Kräfte den Anlass für ihre Agitation missbrauchen, wie dies die Anti-Israel-Proteste in Malmö gezeigt haben. Es würde zudem zu bedeutenden Sicherheitsrisiken und -kosten führen, wenn anti-israelische Mobs das Hotel der israelischen Delegation wie in Malmö tagelang belagern würden.

Nein zu Okkultismus und Satanismus

Verschiedene Künstler (z.B. die irische Sängerin «Bambie Thug», siehe Bild) zeigen beim ESC immer offener okkulte und satanistische Botschaften und Symbole. Nachdem die Heilsarmee 2013 nicht unter ihrem Namen auftreten durfte, weil dies ein Regelverstoß gewesen wäre, erscheint es absurd, dass auf der anderen Seite der Okkultismus offen zelebriert wird. Solche jugendgefährdenden Kulte dürfen nicht mit Steuergeldern mitfinanziert werden.

ESC-Referenden: Die EDU mobilisiert!



Vor-Kampagne in Genf

Am Bahnhof Cornavin in Genf hat die EDU Ende August 2024 eine grossflächige Werbe-Kampagne auf elektronischen Plakatstellen (eBoards) lanciert. Damit wollen wir die Bevölkerung von Genf für ein allfälliges Referendum sensibilisieren und aufrütteln. Die Hauptbotschaft unserer Kampagne: «Blasphemie und Antisemitismus in der Stadt Calvins tolerieren? Stopp ESC!»

Unser Plakatsujet der Vor-Kampagne in Genf:



Ringier-Umfrage: Schweizer Bevölkerung sieht ESC-Austragung 2025 skeptisch

Gemäss Medienberichten freut sich weniger als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung laut einer repräsentativen Umfrage von Sotomo auf die Austragung des Eurovision Song Contests in der Schweiz. 24'720 Personen wurde folgende Frage gestellt: «Begrüssen Sie es, dass die Schweiz und damit die SRG den Eurovision Song Contest 2025 austrägt?» 49 Prozent der befragten Personen antworteten mit «Nein» oder «eher Nein», und 46 Prozent mit «Ja» oder «eher Ja». Fünf Prozent gaben keine Antwort.

Erst der ESC, dann Olympia: Internationale Grossanlässe werden immer häufiger zur Bühne für Blasphemie!

Schauen Sie sich unser Video an, mit der wir die nicht länger hinzunehmende Verhöhnung des Christentums im Rahmen von Gross-Events dokumentieren. Scannen Sie den QR-Code oder besuchen Sie direkt den YouTube-Kanal der EDU Schweiz:

www.youtube.com/@eduschweiz6697



Die EDU im Fokus der Medien

Selten zuvor hatte die EDU eine so hohe Medienpräsenz wie im Sommer 2024, als wir unsere Kampagne gegen den ESC in der Schweiz gestartet haben.

Alles zur Kampagne (Mitmach-Möglichkeiten, Argumente, Medienberichte und vieles mehr) entnehmen Sie unserer Plattform auf www.stopp-esc2025.ch

Anian Liebrand, Redaktionsleiter «Standpunkt»

Eine Auswahl von Medienberichten:



Nein zur Biodiversitätsinitiative

Die sog. Biodiversitätsinitiative fordert, Art. 78a in der Bundesverfassung mit folgenden Zielsetzungen anzupassen: Landschaften, Ortsbilder, geschichtliche Stätten sowie Natur- und Kulturdenkmäler seien als offizielle und praktisch unantastbare Schutzobjekte zu deklarieren. Die Nutzung der Flächen und das baukulturelle Erbe auch ausserhalb der offiziellen Schutzgebiete seien einzuschränken.



Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Was auf den ersten Blick schön tönt, entpuppt sich bei genauem Hinschauen als extremes Vorhaben. Die Initiative macht nämlich keine Abwägung zwischen Schutz- und Nutzinteressen.

Noch mehr importieren?

Die Schweiz ist wie folgt aufgeteilt: 25 % unproduktive Fläche (Gletscher, Seen, Geröll), 31 % Wald, 12,5 % Alpweiden und 5 % Ökoflächen in der Landwirtschaft. Das ergibt bereits 73 % der Gesamtfläche. 8 % der Fläche sind für Besiedelung, Gewerbe und Industrie vorgesehen. Somit bleiben am Schluss lediglich 18 % für die landwirtschaftliche Produktion. Bei der rasant wachsenden Bevölkerung ist das erschreckend tief. Die Rechnung ist einfach: Wenn wir noch mehr Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion stilllegen, müssen wir noch mehr Produkte und Lebensmittel importieren. Dies verursacht Transportemissionen und wir haben keinen Einfluss auf die Bedingungen, unter denen produziert wird.

Einheimische Produktion bedroht

Im Initiativtext sind zwar keine konkreten Zahlen als Zielvorgabe erwähnt. Die Initianten, insbesondere Landschaftsschutz Schweiz, BirdLife, Heimatschutz und Pro Natura haben jedoch klare Vorstellungen signalisiert. Für Pro Natura sind momentan von den oben erwähnten 73 % lediglich 8 % ausreichend geschützt. Das vom Bundesrat ratifizierte Montreal-Protokoll

fordert dagegen 30 %. Um dieses Ziel aus Sicht von Pro Natura zu erreichen, müssten 900'000 Hektaren zusätzlich unter Schutz gestellt werden. Das sind riesige Flächen. Solche Vorstellungen sind ideologisch und stellen meiner Ansicht nach eine gefährliche Doppel-moral dar. Wir wollen mit immer mehr Zuwanderung in einem Naturreservat leben und das Ausland soll für uns produzieren!

Die Schweizer Landwirtschaft übertrifft die vom Bund geforderten Flächenziele von 7 % Biodiversitäts-Förderflächen (BFF) fast um das Dreifache. 19 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden als BFF bewirtschaftet. Was jedoch noch gesteigert werden kann, ist die Qualität. Der Bund hat zur Qualitätsförderung ein Anreizsystem geschaffen, das zu funktionieren scheint, denn auch die Qualitätsflächen haben zugenommen.

Neben der Landwirtschaft sind auch die Waldwirtschaft, die Wirtschaft, aber auch das Baugewerbe und der Tourismus massiv betroffen. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung, wie sie hierzulande von den Waldbesitzern seit Jahrzehnten betrieben wird und gesetzlich verankert ist, garantiert den Erhalt und die Förderung der Biodiversität ausreichend. Dadurch entstehen vielfältige Baumartenzusammensetzungen mit unterschiedlichen Altersstrukturen von Bäumen und Sträuchern, auch Totholz bleibt bewusst in den Wäldern. Die Waldverjüngung erfolgt mehrheitlich natürlich. Dass die Initiative auch ins Bauinventar hineingreift, ist vielen unbekannt. Hier ist das Ziel der Initianten, noch mehr Einschränkungen zu verfügen und Veränderung, Ausbau und Anpassungen an Gebäuden noch aufwendiger zu machen.

Fazit

Die Schweiz ist auf einem guten Weg betreffend Biodiversität. Die Bestrebungen der letzten 30 Jahre haben eine Trendwende bewirkt. Der grösste Killer für die Biodiversität ist jedoch die rasante Verbauung im Mittelland und die damit verbundene Zuwanderung. Für mich ist klar: Man kann nicht immer mehr zusätzliche Freiflächen und Reservate ausscheiden und dann sagen, 10 Millionen Einwohner in der Schweiz seien kein Problem. Mit zusätzlichen Importen von Lebensmitteln leidet dann wohl die Biodiversität anderswo. Stimmen wir also klar Nein zu dieser extremen Initiative. ●

«Landwirtschaft und Waldwirtschaft pflegen und unterhalten weit mehr als einen Drittel der Gesamtfläche der Schweiz nachhaltig. Es braucht nicht mehr Fläche, sondern Qualität, deshalb NEIN zur Biodiversitätsinitiative.»

Andreas Gafner, Nationalrat BE



Am 22. September

NEIN! zur extremen Biodiversitätsinitiative

DV EDU Schweiz: Renten und Selbstversorgung sichern

Die EDU Schweiz lud am Samstag, 10. August 2024 zur Delegiertenversammlung in Olten. Über 70 Delegierte und Gäste fanden sich ein, um die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September zu fassen.

Nein zur Biodiversitätsinitiative

Die Initiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)» will das Parlament beauftragen, mehr für die Biodiversität zu tun. Die breite Gegnerschaft hingegen befürchtet starke Einschränkungen in der Nahrungsmittelproduktion, aber auch in der Energieproduktion, im Baugewerbe und im Tourismus. Die Delegierten haben die Nein-Parole gefasst mit 60 Nein-Stimmen zu 2 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Ja zur BVG-Reform

Gastreferent Michael Köpfler (Projektleiter der BVG-Reform-Kampagne), informierte die Delegierten über die aktuellen Herausforderungen in der beruflichen Vorsorge. Das angesparte Kapital muss wegen der steigenden Lebenserwartung immer länger reichen. Zudem

seien die Lohnbeiträge für ältere Arbeitnehmende sehr hoch, was mit der Vorlage korrigiert werden soll. Die Vorlage führe auch dazu, dass 100'000 Personen zusätzlich versichert würden. Die Delegierten haben die Ja-Parole gefasst mit 61 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Referenden gegen den ESC

Samuel Kullmann, EDU-Grossrat aus dem Kanton Bern, berichtete über die Aktivitäten der Geschäftsleitung im Zusammenhang mit der Austragung des Eurovision Songcontests (ESC) in der Schweiz. Die Delegierten stimmten einstimmig einem Antrag der Geschäftsleitung zu, einen fünfstelligen Beitrag zur

Mediendienst EDU Schweiz

Marsch fürs Läbe 2024: «Stah uf fürs Läbe!»

Samstag, 14. September 2024
Marktplatz Zürich-Oerlikon

Am «14. Marsch fürs Läbe» gehen Lebensschützer aus der ganzen Schweiz auf die Strasse, um den Jüngsten in unserer Gesellschaft eine Stimme zu geben. Unter dem diesjährigen Motto «Stand up for life – Stah uf fürs Läbe!» setzen sie sich für das Lebensrecht von Kindern ein und rufen auch andere dazu auf.

Steh auf für die Kleinsten und ihr ungeteiltes Recht auf Leben! Steh auf für die Mütter und Väter in Krise und Not! Steh auf für alle, die Nein zur Tötung von ungeborenen Kindern sagen und dabei unter Druck geraten! Steh auf für alle, die Ja zum Leben sagen und bereit sind, in der Krise zu unterstützen und zu helfen!

Programm

Ab 13.30 Uhr: Eintreffen beim Marktplatz Zürich-Oerlikon. Gemeinschaft, Infostände, Bastelstand für Kinder

14.30 Uhr: Kundgebung mit Bekenntnismarsch

Mit dabei:

- Nationalrat Marc Jost, EVP
- Prof. Dr. med. Paul Cullen, Vorsitzender Ärzte für das Leben e.V. (Dtl.) spricht zu Gewissensfreiheit und Menschenrecht auf Leben



- Lebensbericht
 - BLESS Missionswerk, Die Schweiz betet, 40daysforlife, Human Life International HLI, TCF International Church
 - und em. Weihbischof Marian Eleganti
- Ca. 17.15: Schluss der Veranstaltung
WorshipMusik: Salty Sisters

Weitere Infos: www.marschfuerslaebe.ch

Keine Kraft der Welt kann Israel aufhalten!

Während ich diese Zeilen schreibe, herrscht in Israel höchste Alarmbereitschaft – einmal mehr! Nach den gezielten und mit grosser Präzision ausgeführten Tötungen der «Nummer Zwei» der Schiiten-Miliz Hisbollah, Fuad Shukr, in Beirut und des Hamas-Führers Ismail Haniyya in Teheran hat der oberste Führer Irans, Ajatollah Ali Chamenei, Vergeltung angedroht. Doch Israel sieht sich nicht nur einem militärischen Mehrfrontenkrieg gegenüber, sondern zunehmend auch einem geistlichen.

Eveline Rytz



Seit seiner Gründung im Jahr 1948 befindet sich das kleine Israel praktisch ständig in einem Belagerungszustand. Wohl gab es auch Zeiten eher latenter Bedrohung, doch diese wurden immer wieder unterbrochen durch Terroranschläge und manifeste Kriege. Der Gaza-Krieg, mit Nordfront zum Libanon und zu Syrien und mittlerweile auch mit Beschuss durch die Huthi-Rebellen aus dem Jemen, ist bereits der achte Krieg in der Geschichte des noch jungen Staates! Doch nicht genug. Gegen den Judenstaat haben sich kurz nach dem 7. Oktober 2023 noch weitere total perfide Fronten eröffnet. Diese sind nicht militärischer, sondern vor allem politischer Natur und manifestieren sich durch Ausgrenzung, ja Verteufelung, Unkenntnis und Indoktrination, Sanktionen und Boykott, diplomatischen Druck, einseitige Berichterstattung vieler Medien und gipfeln nun in einem seit dem Zweiten Weltkrieg nie gekannten Ausmass an Antisemitismus, der selbst vor (Elite)-Universitäten nicht Halt macht.

David gegen Goliath

Seit der zwei Wochen nach dem barbarischen Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 gestarteten Bodenoffensive Israels im Gazastreifen gesellten sich zwei weitere Goliaths zur Hamas. Die Hisbollah-Miliz beschiesst Israel vor allem aus dem Libanon, einem Land, das einst «Schweiz des Nahen Os-

tens» genannt wurde, mittlerweile aber durch die Hisbollah wirtschaftlich ruiniert worden ist. Auch die ebenfalls vom Iran finanzierten Huthi-Rebellen im Jemen, eines der ärmsten Länder der Welt, attackieren Israel mit Drohnen und Raketen und blockieren mit ihren Angriffen auf Handelsschiffe im Roten Meer eine der wichtigsten Wasserstrassen der Welt.

Nicht mit militärischen, sondern mit politisch-diplomatischen Waffen kämpfen Länder wie Spanien, Norwegen und Irland gegen Israel, indem sie Palästina als Staat anerkennen, den es zuvor nie gab. Bereits Ende Dezember 2023 klagte Südafrika, das eigentlich genug eigene Probleme zu bewältigen hätte, Israel beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag wegen Völkermord im Gazastreifen an und bezeichnet Israels Regierung gar als Apartheid-Regime. Weitere Länder schlossen sich der Klage an. Doch es kommt noch schlimmer: Der Chefankläger des IStGH, Karim Khan beantragte Haftbefehle wegen Kriegsverbrechen gegen die drei ranghohen Hamas-Führer Yahya Sinwar, Ismail Haniyya und Mohammed Deif (letztere zwei wurden in der Zwischenzeit mutmasslich von Israel getötet), im gleichen Atemzug aber auch gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu und seinen Verteidigungsminister Yoav Galant! Eine traurige Rolle spielt, wie man schon seit Jahren weiss, auch die UNRWA, welche nun doch endlich halbherzig bekennen muss, dass einige ihrer Mitarbeiter am Hamas-Massaker vom 7. Oktober beteiligt waren.

Unwissenheit und Ignoranz

In einem Deutschkurs für Asylantinnen wurden die zumeist muslimischen Frauen gefragt, ob sie wüssten, wo Israel auf der Landkarte zu finden ist. Die meisten von ihnen hatten keine Ahnung. Sie waren auch der Meinung, dass es sich bei Israel mit seiner militärischen Schlagkraft um ein sehr grosses Land handeln müsse. Wie staunten sie, als man ihnen Israel auf der Karte zeigte, ein Land noch kleiner als die Schweiz! Müsste sich die Menschheit, egal



welcher Religion, Gesinnung oder Weltanschauung, nicht mal fragen, weshalb es in den 76 Jahren seit Israels Staatsgründung trotz verschiedenster Anstrengungen nicht gelungen ist, den Judenstaat auszuradieren? Weshalb schießt sich die halbe Welt auf den kleinen Judenstaat am Dreh- und Angelpunkt zwischen Europa, Asien und Afrika ein und meint zu wissen, was das Volk tun und lassen sollte?

Der Feigenbaum treibt seit 1948

Während der Widersacher weltweit eine gottfeindliche Menschheit gegen Israel mobilisiert, um es zu vernichten, deckt Gott seinem auserwählten Volk den Tisch im Angesicht seiner Feinde, denn es ist (S)ein Land, auf das der Herr achthat (5. Mose 11,12). ER diszipliniert sein Volk aber auch, welches bekanntlich ein halsstar-

riges ist, um es in seine Bestimmung zu führen. Bis dies so weit ist, wird das Volk Israel gemäss Prophetie (Hesekiel 38 und 39) noch viel Leid und Schmerz ertragen müssen und erst zur Ruhe kommen, wenn der so lange erwartete Messias (wieder)kommt. «Bittet für den Frieden Jerusalems! Es soll denen wohlgehen, die dich lieben!» Dieser Aufforderung in Psalm 122,6 wollen wir nachkommen und weiterhin für das Volk Israel und die im Gazastreifen in Gefangenschaft gehaltenen Geiseln beten.

Dereinst aber wird die Lehre ausgehen von Zion und viele Völker werden in Scharen kommen, nicht um das Land anzugreifen und Krieg zu führen, sondern um bei Juden Heil und Weisung zu suchen (Sacharja 8, 20-23)! ●

3 Fragen an: OK «Verfolgung.jetzt»

Am Samstag, 31. August 2024, um 16 Uhr findet auf dem Bundesplatz in Bern eine Grosskundgebung von «Verfolgung.jetzt» statt - ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA). Für das OK hat Daniela Baumann, Kommunikationsbeauftragte der SEA, unsere Fragen beantwortet.

Nennen Sie uns bitte einige Fakten zur tragischen Situation der Christenverfolgung in unseren Tagen.

Weltweit nimmt die Zahl der Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt und diskriminiert werden, dramatisch zu. Seien es willkürliche Inhaftierungen, falsche Anklagen, langjährige Haftstrafen, Entführungen, Folter, Morde, Diskriminierung, Schikanen durch Behörden, Gewalt in Familien und im sozialen Umfeld, Versammlungsverbote, geschlossene oder zerstörte Kirchen: In jedem Bereich steigen die Verletzungen der Religionsfreiheit massiv an. Das Christentum ist die am stärksten betroffene Religionsgemeinschaft. 365 Millionen Christen in 78 Ländern erleben Verfolgung, das ist jede siebte Christin bzw. jeder siebte Christ weltweit. 4'998 Christen wurden im Jahr 2023 aufgrund ihres Glaubens getötet, 14'776 Kirchen wurden geschlossen oder angegriffen. Dies belegen die Erhebungen von Open Doors im jährlich publizierten Weltverfolgungsindex.

Welche Botschaften und Hauptziele hat die Grosskundgebung vom 31. August?

Das Leiden dieser Millionen Menschen wird in westlichen Ländern kaum registriert. Deshalb wollen wir mit der Kundgebung die Anliegen der verfolgten Christinnen und Christen sowie die rasant zunehmende Missachtung der Religionsfreiheit stärker ins Bewusstsein der Schweizer Öffentlichkeit und Politik rücken. Je grösser die Kundgebung, desto grösser ist die öffentliche Wirkung. Darum zählt jede Teilnehmerin, jeder



Teilnehmer. Zudem berichten uns Betroffene immer wieder, wie sehr es sie stärkt, dass andere Christen für sie die Stimme erheben und für sie beten. Auch dies sind Ziele von Verfolgung.jetzt.

Wie sieht das Programm der Kundgebung aus?

Geplant sind Erlebnisberichte von zwei verfolgten Christen. Ein Bundesparlamentarier wird erzählen, weshalb und wie er sich für die Verfolgten einsetzt. Eingeraht sind die Reden in eine Trauerzeremonie mit einem symbolischen Massengrab, wo die Teilnehmenden Rosen niederlegen können, sowie Live-Musik. In stilisierten Gefängniszellen besteht für alle die Möglichkeit, während des Anlasses für Verfolgte zu beten. Mit all diesen Aktionen soll ein starkes Zeichen für die Religionsfreiheit gesetzt und Solidarität mit Glaubensverfolgten auf der ganzen Welt bekundet werden.

Weitere Infos: www.verfolgung.jetzt

RKI-Files: Skandal ohne Konsequenzen?

Im März 2024 klagte das Online-Magazin «Multipolar» in Deutschland die internen Protokolle des Robert-Koch-Instituts (RKI) frei, insgesamt über 2'500 Seiten, noch mit vielen Schwärzungen. Multipolar klagte deswegen weiter und gewann. Seit Juli 2024 sind die Protokolle ungeschwärzt und für jedermann zugänglich.



Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

Warum erachten wir von der «Standpunkt»-Redaktion diese Protokolle für wichtig? Weil sie zeigen, auf welche Weise in den Jahren 2020 bis 2023 Entscheidungen bezüglich Corona getroffen wurden: oft gegen wissenschaftliche Erkenntnisse und Empfehlungen des RKI. Es wird auch deutlich, dass die sog. «Massnahmenkritiker» in vielem recht hatten – und das RKI und die führenden Politiker wussten das von Anfang an! In der Schweiz und den meisten europäischen Ländern dürfte es ähnlich abgelaufen sein.

Nachfolgend zwei stellvertretende Beispiele aus einer Reihe von brisanten Erkenntnissen.

Masken schützen nicht bei viralen Atemwegsinfektionen

Am 27. Januar 2020 hielt das RKI fest, dass das Maskentragen durch asymptomatische Personen niemandem einen Nutzen bringe. Das entsprach dem damaligen und heutigen Stand der Wissenschaft, zahlreiche gute Studien zur Übertragung von grippalen Infekten belegen es. Am 16. März 2020 kam die erstaunliche Kehrtwende: ohne die geringste wissenschaftliche Begründung erklärte das RKI eine allgemeine Maskenpflicht für nötig. Diese wurde im Sommer 2020 auch in der Schweiz in öffentlichen Verkehrsmitteln eingeführt,

obwohl die täglichen Infektionszahlen nahezu bei null lagen. Was damals für viele unverständlich war, bleibt im Rückblick vollends unverständlich. Wer klagt in der Schweiz die Protokolle der Corona-Task-Force frei?

Impfung

Ebenfalls am 27. Januar 2020, drei Tage bevor (!) die WHO eine «gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite» ausrief, kontaktierte das deutsche Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ein erstes Mal das RKI bezüglich Impfung gegen das neue Coronavirus. Woher ein solches Vorseilen? Und warum waren schon im April 2020 Impfpässe ein Thema? Bereits am 27. April 2020 erhielt das RKI den Auftrag, zusammen mit dem Paul Ehrlich Institut (PEI) ein Impfkonzepkt zu entwickeln (z.B. wer zuerst geimpft werden soll). Im Oktober 2020 sollte das RKI mithelfen, Impfskepsis abzubauen, vor allem bei medizinischem Personal, das – gemäss Protokoll – bleibende Schäden befürchtete.

Konsequenzen

Insgesamt betrachtet entlasten die nun veröffentlichten Files das RKI und belasten eher die Regierung. Das RKI musste Weisungen ausführen, die nicht auf wissenschaftlicher Evidenz gründeten und dennoch rigoros durchgesetzt wurden, ungeachtet der Kollateralschäden. Auch diese Schäden waren dem RKI und somit auch den Politikern von Anfang an bekannt (z.B., dass es viel mehr Selbstmorde gab, vgl. RKI-Protokoll vom 22. Mai 2020).

Die RKI-Files desillusionieren: Die Wissenschaftlichkeit, auf die man sich ständig berief, gab es so nicht. Dies müsste eigentlich einen Sturm der Entrüstung auslösen und die Opfer rehabilitieren. Vielleicht wären die RKI-Files auch ein Anlass, die Auslegung von Römern 13,1-7 nochmals zu überdenken?

Quellen: Artikel der «Epoch Times», u.a. vom 1., 5. und 21. Juni 2024, sowie die Originalquelle (RKI-Files)

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/C/COVID-19-Pandemie/COVID-19-Krisenstabsprotokolle_Download.pdf?__blob=publicationFile

Ergänzung nach Abfassen des Artikels:

Am 23. Juli 2024 stellte die freie Journalistin Aya Velázquez zusammen mit Prof. Stefan Homburg und Bastian Barucker an einer Pressekonferenz in Berlin die vollständig ungeschwärzten Protokolle des RKI vor. Aus Gewissensgründen hatte ein Whistleblower aus dem RKI ihr die Protokolle vorgespielt. Die über 4'000 Seiten können auf der Webseite **RKI-Transparenzbericht.de** vollständig heruntergeladen werden. Gegenüber vorherigen Versionen liegt die Brisanz dieser Version darin, dass nun alle Namen offengelegt sind und dass die Protokolle bis Sommer 2023 reichen (zuvor nur bis 30. April 2021). Ich halte sie für eine ausgezeichnete und unentbehrliche Grundlage zur Corona-Aufarbeitung, nicht nur was Deutschland betrifft, sondern auch für die Schweiz!



Ca. 3'000 Christen versammelten sich am 1. August in Bulle zum nationalen Gebetstag. Das ESC-Referendum stiess auf grosses Interesse.

Kein ESC im Kanton Bern

Die Städte Bern und Biel haben sich als Austragungsorte für den Eurovision Song Contest (ESC) 2025 beworben. Der Kanton hätte für die Finanzierung des ESC besonders viele Steuergelder einsetzen müssen. Unter anderem dank dem von der EDU lancierten Referendum blieb dem Steuerzahler die Finanzierung dieses zunehmend fragwürdigen Anlasses erspart.



Samuel Kullmann, Grossrat

Mit dem Sieg von Nemo am ESC-Gesangswettbewerb wurde der Schweiz die zweifelhafte Ehre zuteil, den ESC 2025 zu organisieren. Wie bei vielen internationalen Mega-Events wird der Aufwand immer grösser und der Steuerzahler wird mit immer höheren Summen zur Kasse gebeten – fast schon als Selbstverständlichkeit. Die Stadt Biel war bereit, 1 Mio. Fr. zu bezahlen, der Berner Stadtrat bewilligte mit relativ vielen Gegenstimmen einen Beitrag von 7 Mio. Fr. Die links-grünen Städte waren jedoch nicht bereit, die Hauptlast zu tragen: Weitere 29,6 Mio. Fr. an Steuergeldern hätte der Grosse Rat in der Septembersession bewilligen sollen, insgesamt also fast 40 Mio. Fr.

Der kantonale Beitrag war natürlich in keinem Budget vorgesehen und hätte die für das Jahr 2025 geplante Steuersenkung für natürliche Personen stark gefährdet. Vergleicht man dies mit dem vom Grossen Rat gesprochenen Beitrag von 5,4 Millionen Franken für die Durchführung

der Frauenfussball-Europameisterschaft (WEURO), wird deutlich, wie überdimensioniert die Erwartungen an die öffentliche Hand bei der Finanzierung des ESC sind. Die EDU Stadt Bern hat zusammen mit Vertretern der SVP und auch der Linken prompt das Referendum gegen den Kredit der Stadt Bern ergriffen. Fast gleichzeitig haben die EDU und die SVP des Kantons Bern das Referendum gegen den kantonalen Kredit angekündigt. Dies trug wesentlich dazu bei, dass die SRG den Kanton Bern frühzeitig als Austragungsort ausschloss.

Als EDU konnten wir medienwirksam auf unsere verschiedenen Kritikpunkte am ESC hinweisen und insbesondere die ungerechten Doppelstandards thematisieren, nach denen alles Christliche bei Anlässen wie dem ESC verboten ist, während es für zutiefst okkulte Darstellungen keine Grenzen gibt. Auch konnten wir uns als EDU einmal mehr mit Israel und dem jüdischen Volk solidarisieren, da gerade im Umfeld des ESC viel Antisemitismus und Judenhass zum Vorschein kam. •

«Reisende muss man ziehen lassen»

Mit den kantonalen Abstimmungsvorlagen soll der Weg für den Kantonswechsel der Gemeinde Moutier geebnet werden. Das Konkordat ist ein ernsthafter Versuch, die komplizierte Jurafrage zu lösen. Ob dies gelingt, wird allein die Zukunft zeigen.

EDU Kanton Bern

Geschichtlicher Hintergrund

Der Jurakonflikt hat seinen Ursprung in der Reformationszeit, als der heutige Berner Jura mehrheitlich reformiert wurde, während der nördliche Teil des fürstbischöflichen Juras katholisch

blieb. Die Grenze verlief durch das Städtchen Moutier. Am Wiener Kongress 1815 wurde beschlossen, dieses Gebiet dem Kanton Bern abzutreten, als «kleines Trostpflaster» für den Verlust des Aargaus und der Waadt. Die Bevölkerung des Nordjuras war aber nicht nur sprachlich, sondern auch konfessionell eine Minderheit. Dass



die Region auch wirtschaftlich schwächer war, machte die Situation nicht einfacher, und so entwickelte sich der Norden bereits im 19. Jahrhundert zum Unruheherd.

Konfliktauslöser

Das Fehlen einer gemeinsamen Identität erwies sich zunehmend als Hypothek. Der Jurakonflikt verschärfte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts. 1947 verweigerte der Grosse Rat dem jurassischen Staatsrat (heute Regierungsrat) Georges Moeckli das Baudepartement, was ein wichtiger Auslöser für die Autonomiebestrebungen des Juras war. Die Separatistenbewegung eskalierte den Konflikt zunehmend bis hin zu Sprengstoffanschlägen. Die politischen Bemühungen um eine friedliche Lösung führten 1979 zur Gründung des Kantons Jura. Die drei südlichen Bezirke des Juras (darunter der Bezirk Moutier) wollten jedoch mehrheitlich beim Kanton Bern bleiben.

Moutier-Abstimmung

Diese Lösung konnte den Konflikt zwar etwas beruhigen, aber nicht vollständig beilegen. Auch im übrigen Berner Jura gab es seither starke separatistische Bewegungen, die sich immer wieder für einen Wechsel zum Kanton Jura einsetzten. Artikel 139 der Verfassung des Kantons Jura zielt bis heute auf eine solche Vereinigung

des gesamten Juras ab. Am 28. März 2021 sprach sich die Bevölkerung von Moutier in einem zweiten Anlauf mit 55% der Stimmen für den Beitritt zum Kanton Jura aus.

Konkordat

Das zur Abstimmung stehende Konkordat regelt nun die Einzelheiten des Kantonswechsels. Aus Berner Sicht umstritten dürfte sein, dass der Kanton Jura einen proportionalen Anteil am Vermögen des Kantons Bern erhält, zumal der Kantonswechsel von Moutier den Kanton Bern bereits mit einer grösseren Summe an Folgekosten belastet hat (vgl. Projekt «Avenir Berne romande»). Im Gegenzug verpflichtet sich der Kanton Jura, die «Kampfartikel» aus seiner Verfassung zu streichen und damit offiziell einen Schlussstrich unter die Jurafrage zu ziehen.

Fazit

Zurzeit gibt es vielfältige Bestrebungen und eine neue Dynamik, den jahrhundertealten Jurakonflikt zu lösen, auch indem der Berner Jura zunehmend als Region «Grand Chasseral» bezeichnet wird. Eine gute Lösung dieses Territorialkonflikts ist nicht nur im Interesse der beiden Kantone und der Schweiz, sondern kann auch international als Vorbild dienen. Deshalb hat auch die EDU-Fraktion dem Konkordat zugestimmt. •

Parolen der EDU Kt. Bern

Die Delegierten fassten die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 22. September 2024.

Benjamin Carisch

Obwohl die Bedeutung und Wichtigkeit der Biodiversität nicht in Frage gestellt wird, empfehlen die Delegierten die Initiative zur Ablehnung, um zusätzliche Bürokratie und Einschränkungen für die Landwirtschaft, das Baugewerbe und den Tourismus zu verhindern. Ein Ja zur Reform der beruflichen Vorsorge trägt dazu bei, die Arbeits-

losigkeit der über 50-Jährigen zu begrenzen, da die Lohnkosten-Differenz zwischen jüngeren und älteren Arbeitnehmenden kleiner wird, was die Beschäftigung älterer Menschen attraktiver macht. Zudem werden neu auch Angestellte mit kleineren Arbeitspensen in der Pensionskasse versichert sein, wovon vor allem Frauen profitieren werden. •



Biodiversitäts-Initiative

Ja: 0 / Nein: 36 / Enthaltungen: 0

NEIN-Parole

Reform der beruflichen Vorsorge

Ja: 35 / Nein: 1 / Enthaltungen: 1

JA-Parole

Änderung der Kantonsverfassung (Aufhebung der Amtsbezirke)

Ja: 32 / Nein: 4 / Enthaltungen: 1

JA-Parole

Moutier-Konkordat

Ja: 28 / Nein: 6 / Enthaltungen: 3

JA-Parole



Gemeindewahlen: EDU strebt Sitzgewinne an

Die EDU tritt diesen Herbst zu mindestens 15 kommunalen Wahlen an. Die ersten Wahlgänge finden Ende September in Biel, Interlaken, Unterseen und Worb statt. Die verantwortlichen Wahlleiter berichten:



Martin Wüthrich, Präsident EDU Biel

Stadtrat Lukas Müller neu bei der EDU

Lukas Müller engagiert sich seit mehr als 20 Monaten als Stadtrat und erreichte bei den Stadtratswahlen 2020 3'179 Stimmen. Er ist seit Juni 2024 Mitglied der EDU (vorher parteilos). Der 34-Jährige ist Unternehmer und strategischer Berater. Er hat mit seiner Frau drei Kinder. Neben seinem Amt als Stadtrat ist er Mitglied des Schul-Elternrats. Seine politischen Schwerpunkte sind ideologiefreie Schulen, universale, unantastbare Freiheitsrechte, insbesondere Meinungs-, Glaubens- und Wirtschaftsfreiheit, das absolute Recht auf Leben, das Recht für Selbstbestimmung auf allen Staatsebenen sowie die Stärkung der Innovationskraft.

Neues Wahlziel

Die EDU zieht nun mit zwei bisherigen Stadtratsmitgliedern in den Wahlkampf, was uns sehr freut. Um die beiden Sitze verteidigen zu können, braucht die EDU mindestens einen Wähleranteil von 2,5% und muss neue Wähler gewinnen können. Unserem langjährigen Stadtrat Fred Schor ist es ein grosses Anliegen, dass in Biel eine bürgerliche Mehrheit erreicht wird, auch damit der aktuelle Schuldenberg von rund 800 Millionen Franken abgebaut werden kann. Wir sind motiviert, dieses Ziel zu erreichen und danken allen, die die EDU-Liste möglichst unverändert einlegen.



Josia Reichen, Präsident EDU Interlaken

Die EDU hat zurzeit einen Sitz im GGR von Interlaken. Das linke und rechte Lager sind in etwa ausgeglichen. Wie mein Vorgänger Ueli Balmer, bin ich in der SVP-Fraktion integriert und dort grundsätzlich sehr zufrieden. Neben mir kandidieren mit Salome Schenk, Anita Kaufmann und Katharina Lema, drei Frauen auf der EDU-Liste und wir streben einen zweiten

Sitz an. Dazu bräuchten wir einen Wähleranteil von rund sechs Prozent. Sollte uns dies gelingen, würden wir uns überlegen eine eigene EDU-Fraktion zu gründen. So könnten wir noch freier agieren und je nach Konstellation das «Zünglein an der Waage» sein. Gleichzeitig sind wir dankbar, wenn Gott uns einen Sitz erhält. Die politische Arbeit finde ich spannend und ich würde mich sehr freuen, dieses Amt weiterhin ausüben zu können.



Ruedy Schranz, Wahlleiter EDU Unterseen

Mit einer ausgewogenen Mischung aus Erfahrung und frischem Engagement tritt die Partei mit fünf qualifizierten Persönlichkeiten an. Vorab steht Werner Feuz, der sich nach seiner Amtszeit im Gemeinderat von 2005 bis 2016 erneut zur Verfügung stellt. Feuz bringt umfangreiche politische Erfahrung mit und ist derzeit als Vizepräsident der Planungskommission,

sowie als Präsident der Energiekommission der Regionalkonferenz Oberland Ost tätig. Neben Werner Feuz stellen sich auch Lilian Kappeler, Anna-Theresia Schranz, Stefan Greder und Lukas Zimmermann zur Wahl. Die EDU Unterseen ist überzeugt, mit ihrem engagierten Team einen wertvollen Beitrag zur zukünftigen Entwicklung der Gemeinde leisten zu können und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit im neuen Gemeinderat.



Franz Buser, Präsident EDU Worb

Die EDU Worb ist seit November 2012 nicht mehr im Grossen Gemeinderat vertreten. Unser klares Wahlziel ist deshalb, wieder mit einem Mitglied im Gemeindeparlament vertreten zu sein. Leider gestaltete sich die Kandidatensuche etwas schwierig, weshalb ich auf der EDU-Liste

alleine anrete. Wenn unsere Wähler die EDU-Liste (Liste Nr. 5) unverändert wählen, sind unsere Chancen auf einen Sitz dennoch intakt. Damit keine Reststimmen verloren gehen, sind wir mit SVP und FDP eine Listenverbindung eingegangen, wobei mit der SVP eine Unterlistenverbindung besteht. •



Agenda

EDU bi dä Lüt: Berichte aus dem Bundeshaus und Rathaus

Die EDU lädt im ganzen Kanton immer wieder zu Anlässen ein, an denen unser Nationalrat Andy Gafner und verschiedene Vertreter der EDU-Fraktion im Grossen Rat spannende Einblicke in ihre parlamentarischen Tätigkeiten geben.

Im September findet der nächste «EDU bi dä Lüt» Anlass im Kanton Bern statt:

Mi. 18. September 2024, 20:00 Uhr
Hotel Löwen, Hauptstr. 24, 3752 Wimmis
anschliessend kleiner Imbiss & Getränke

Korrigendum

In der Ausgabe Juli/August 2024 berichteten wir, dass der Grosse Rat in der Junisession drei Motionen zum Spital Zweisimmen mit grossem Mehr angenommen hat. Alle Motionen wurden jedoch vor der Abstimmung in Postulate umgewandelt. Wir danken der aufmerksamen Leserin für den Hinweis und entschuldigen uns für den Fehler.

Motion

Die Motion ist das verpflichtendste parlamentarische Instrument. Mit einer Motion erhält der Regierungsrat den Auftrag, für den Grossen Rat in einer bestimmten Angelegenheit einen Erlass (z.B. ein Gesetz) oder einen Beschluss auszuarbeiten, eine Massnahme zu ergreifen oder ihm einen Bericht zu unterbreiten.

Postulat

Ein Postulat beauftragt den Regierungsrat zu prüfen, ob der Entwurf zu einem Gesetz zu erarbeiten, eine Massnahme zu treffen oder ein Bericht vorzulegen ist.

Definitionen: www.gr.be.ch

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN
Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION
Samuel Kullmann

GESTALTUNG
mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION
Jordi AG, Belp

FOTOS
Seite 1: Adler Dienst
Seite 4: AdobeStock

Beten bewegt

Krista Baier, Präsidentin EDU Stadt Bern



In der Liebe bleiben

«Die Liebe ist langmütig und freundlich, die Liebe eifert nicht, die Liebe treibt nicht Mutwillen, sie blähet sich nicht, sie stellt sich nicht ungebärdig, sie sucht nicht das Ihre, sie lässt sich nicht erbittern, sie rechnet das Böse nicht zu.» 1. Korinther 13,4-5

Immer wieder stossen wir mit unseren Mitmenschen an unsere Grenzen. Deshalb hat Gott uns diesen Vers geschenkt, damit wir nicht auf Streit, Rache und Krieg aus sind, sondern mit aller Kraft in der Liebe bleiben. •

BVG-Reform: Warum Sie Ja sagen sollten

Die BVG-Reform, über die wir am 22. September abstimmen, betrifft die persönliche Pensionskasse (PK) aller aktiven Erwerbstätigen. Diese Reform ist ein vernünftiger Kompromiss, korrigiert bestehende Mängel wesentlich und verbessert die mittel- und langfristige Finanzierung der Pensionsrenten der aktiven Generation.



Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

Worum geht es?

Die berufliche Altersvorsorge (BVG) ist – neben der AHV – die zweite Säule unserer Altersvorsorge. Der Umwandlungssatz bestimmt, wieviel von der angesparten Summe pro Rentenjahr ausbezahlt wird. Mit 6,8 % ist er heute zu hoch und wird mit der Reform für den obligatorischen Teil auf 6,0 % gesenkt, was die Rentensumme pro Jahr reduziert. Ein wesentlicher Anteil der Versicherten ist zusätzlich im sog. überobligatorischen Teil versichert, der von der Reform nicht betroffen ist.

Warum ist die Senkung notwendig?

Die Reform zielt darauf ab, das Rentensystem an die Realität anzupassen. Die Lebenserwartung ist gestiegen und die Erträge auf dem Kapitalmarkt sind gesunken. Ohne Anpassung des Umwandlungssatzes droht eine Unterfinanzierung der Renten. Mit dem niedrigeren Umwandlungssatz wird sichergestellt, dass die Pensionskassen auch in Zukunft genügend Mittel haben, um die Renten zu finanzieren.

Die statistische Rentendauer beträgt heute dank höherer Lebenserwartung ca. 20 bis 23 Jahre, was theoretisch einen Umwandlungssatz von max. 5 % gestatten würde. Dies ist bei vielen grösseren Pensionskassen seit längerem Realität.

Was bedeutet die Reform für Sie?

1. Senkung des Mindestumwandlungssatzes: Die Senkung betrifft nur den obligatorischen Teil Ihrer Altersvorsorge. Ihre Pensionskasse kann mit entsprechender Ergänzung der Statuten selber Kompensationsmassnahmen wie zum Beispiel höhere Arbeitgeber-/nehmer-Beiträge, eine profitablere Anlagestrategie usw. realisieren. Engagieren Sie sich im Stiftungsrat ihrer PK!

2. Ausgleichsmassnahmen: Um die Reduktion der Renten durch den tieferen Umwandlungssatz zu korrigieren, wurden in der BVG-Reform wirksame Kompensationsmassnahmen eingebaut, wie zum Beispiel ein Rentenzuschlag von bis zu 200 Franken pro Monat.

3. Besserstellung von Teilzeitbeschäftigten und Personen mit niedrigen Einkommen: Der Koordinationsabzug wird auf 20 % reduziert (statt fixer Betrag), sodass ein grösserer Teil Ihres Einkommens versichert wird.

Dies ist besonders für Teilzeitbeschäftigte und Mehrfachbeschäftigte von Vorteil.

Der Bundesrat, der Nationalrat und der Ständerat unterstützen die Reform. Der Nationalrat stimmte zu mit 113 Ja- zu 69 Nein-Stimmen, der Ständerat mit 29 Ja- zu 8 Nein-Stimmen.

Pro- und Contra-Argumente

Befürworter betonen, dass die Reform notwendig ist, um die finanzielle Stabilität der Pensionskassen zu sichern. Die Ausgleichsmassnahmen stellen sicher, dass die Renten stabil bleiben, besonders für Personen mit niedrigen Einkommen. Gegner kritisieren, dass die Reform zu Rentenkürzungen führt und die Lohnabzüge erhöht. Sie werfen der Reform vor, die Interessen der Finanzindustrie zu stärken, während die Versicherten weniger für ihr Geld bekommen. Zudem sei die Reform zu kompliziert und schaffe Unsicherheit.

Die Haltung der EDU

Die EDU steht hinter dieser Reform, da sie einen notwendigen und vertretbaren Kompromiss darstellt. Die BVG-Reform passt zum Aktionsprogramm 2023-2027 der EDU, das die langfristige Sicherung der Sozialversicherungen betont. Die EDU befürwortet die Senkung des Umwandlungssatzes und die Ausgleichsmassnahmen, um das Rentenniveau zu sichern. Auch die verbesserten Bedingungen für Teilzeitbeschäftigte und Niedrigverdiener sind ein klarer Vorteil der Reform.

Fazit

Die BVG-Reform ist notwendig, um die berufliche Vorsorge in der Schweiz langfristig zu sichern. Als Nationalrat der EDU empfehle ich Ihnen, am 22. September mit Ja zu stimmen, um die Zukunft unseres Pensionsystems zu sichern. ●



Politik auf gutem Grund, aus gutem Grund

Schneller als erwartet wurde unser Slogan zu den kommenden Kantonsratswahlen Wirklichkeit. Am Freitag, 2. August zog ein gewaltiges Unwetter über den Klettgau im Kanton Schaffhausen. Heftige Blitze, Donner und Hagelschlag.



Um 16.00 Uhr fuhr ich los, um noch den Abfall zu entsorgen. Zwei Strassen von unserem Haus entfernt ging die Strasse runter ins Dorf. Zu meinem Entsetzen strömte da eine braune Wassermasse mit Geröll den Hang hinunter. Leute standen vor ihren Häusern, mit Schneeschaukeln und Brettern haben sie versucht, die Wassermassen weg von ihren Grundstücken zu lenken. Bis ins Dorf zog sich der Bach.



Auf dem Rückweg wählte ich einen anderen Weg und musste feststellen, dass beim bekannten Getränkehersteller Rimuss der kleine Dorfbach, genannt Halbach, bereits massiv über die Ufer getreten ist und das ganze Gebiet unter Wasser stand. Die Strassen ins Nachbardorf waren gesperrt, aber unser Plakat, zu diesem Zeitpunkt noch für die Abstimmungen vom 18. August, stand felsenfest mittendrin.

Bald wird das Plakat im Hinblick auf die Kantonsratswahlen vom 22. September gewechselt, dann mit dem Slogan: Politik auf gutem Grund, aus gutem Grund.



Einmal mehr bewahrheitet sich dieser Slogan. Es bestätigt sich: Politik auf gutem Grund ist lohnenswert.

Meine Frau Doris und ich, sowie unser Hab und Gut, wurden verschont. Das Hochwasser floss hundert Meter von unserm Haus entfernt die nächste Strasse hinunter. Gott sei Dank!

Reinhard Gasser, Hallau



Wahlauf Ruf Kanton Schaffhausen: EDU-Liste 8 wählen!

An alle «Standpunkt»-Abonnantinnen und Abonnenten aus dem Kanton Schaffhausen: Wählen Sie bei den Kantonsratswahlen vom 22. September 2024 die EDU! Dank dem Schaffhauser Wahlsystem («doppelter Pukelsheim») geht für die EDU «keine Stimme verloren»! Es zählt also jede Stimme in jedem Wahlkreis.

Wir bitten Sie: Verwenden Sie die EDU-Wahlliste 8 unverändert. Auch leere Linien auf der EDU-Liste 8 werden der EDU gutgeschrieben. Kandidaten anderer Parteien auf der EDU-Liste (panaschieren) verkleinern die Wahlchancen der EDU.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Alles weitere zum Wahlkampf finden Sie auf www.edu-sh.ch

Zu absurd, um wahr zu sein

Es werden uns zunehmend Dinge als selbstverständlich verkauft, die man noch vor 20 Jahren als Teile einer Komödie gehalten hätte. So manches wäre tatsächlich zum Lachen, wenn es nicht zum Heulen wäre.



Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

«Tierschutz» ad absurdum

Tierschutz zu meiner Jugendzeit war etwas Sinnvolles. Nun haben darin aber auch Ideen Platz wie der «Animalismus»: ein Tierleben sei gleich wertvoll wie ein Menschenleben; Die Stiftung «Zukunft CH» berichtete kürzlich darüber. Der ganze Vegan-Trend segelt unter dieser Flagge, bis hin zu Auswüchsen, dass man Kopfläuse bei seinem Kind nicht mehr bekämpfen dürfe. Und das, obwohl gleichzeitig Windräder in Deutschland täglich 5 Milliarden Insekten töten. Die «Klimarettung» geht eben vor! Was einst echter Umweltschutz war, ist zum ideologisch-verbrämten «Klimaschutz» verkommen, dem notfalls auch Natur und Umwelt geopfert werden.

Ein Treibhaus aus 0,038 % Gas

Schwer zu fassen für den gesunden Menschenverstand ist auch die Behauptung, die 0,038 % CO₂ in der Atmosphäre bewirkten einen «Treibhaus-Effekt». Ist damit tatsächlich gemeint, dass sich die Hitze des Tages unter diesen 0,038 % Gas staut? Manchmal denke ich, ich bin einfach zu dumm, um gewisse Dinge zu begreifen, die für die Mehrheit selbstverständlich sind. Und ich weigere mich zu verstehen, warum unser Leben durch CO₂ diktiert werden soll inkl. CO₂-Zertifikate, 15-Minuten-Städte, drohende Reiseverbote oder Vorschriften über Wohnungsgrössen.

Gegen die Gesetze der Physik

Ein Elektromotor im Zug oder Tram mit elektrischer Fahrleitung macht Sinn. Auch das E-Bike mit seinem teilweisen Antrieb durch Muskelkraft ist noch zu rechtfertigen. Alles aber, was grösser ist als ein Velo und seinen Strom aus einem Akku bezieht, ist ein physikalisches Unding, ein völliges Missverhältnis zwischen hohem Gewicht und bescheidener Fahrleistung. Die riesigen Batterien von Elektroautos und -bussen sind ökologisch höchst fragwürdig (graue Energie, seltene Rohstoffe, Entsorgungsprobleme, nicht zu löschende Brände...). Aber sie sollen angeblich die Rettung für unser Klima sein. Hauptsache, es kommt kein CO₂ zum Auspuff hinaus. Ob der Strom der E-Tankstellen entlang von Autobahnen durch Dieselgeneratoren produziert wurde, ist ein Detail. Oder vielleicht doch nicht? Absurd ist es allemal.

Was jedes Kind weiss

Schon ganz kleine Kinder sind fähig zu begreifen, dass es uns in zwei Ausgaben gibt: Buben und Mädchen. Aber das sei veraltet, ja diskriminierend. Die vertrauten Symbole an WC-Türen und das Strichmännchen an der Ampel drohen zu verschwinden. Indifferentes Geschlecht? Erklären Sie das mal einem kleinen Kind; es wird Sie vermutlich auslachen. Es scheint zu stimmen, was uns ein Pädiatrie-Professor einmal sagte: Der Verstand nimmt mit zunehmendem Alter ab.

Wie konnte es so weit kommen?

Schon immer wurden absurde Dinge behauptet, wurde Unglaubliches als normal verkauft. Was mich aber beunruhigt ist: Warum glauben wir das heutzutage so leicht? Wo ist der gute Reflex, dass das «ja wohl nicht stimmen» kann?

Ich wünsche uns, dass wir es wieder wagen, unseren gesunden Menschenverstand über Schlagzeilen, Social Media, Mainstream- und Expertenmeinungen zu stellen und zu sagen: Das ist absurd. Darum kann es nicht wahr sein, und darum glaube ich es auch nicht! ●





Stürmische Zeiten

Ruedi Ritschard, Kolumnist

Ruhig pflügt das Schiff durch den See, der im Sonnenlicht glitzert und glänzt. Mal zeigt er sich in hellem Blau, dann wieder in dunklem Grün, wenn die Tannen ihre Schatten in Ufernähe auf den See werfen. Munteres Plaudern auf Deck, Ferienstimmung pur. – *Die ersten Wolken ziehen im Westen auf.* – Das Schiff legt an, Leute steigen aus, andere drängen hinein. Die Brise wird stärker und macht den bisher ruhigen See lebendig. Lachen, fröhliches Treiben, glückliche Gesichter. – *Die Wolken kommen rasch näher.* – Der Kapitän runzelt die Stirne, denn die Wolken türmen sich zu hohen Bergen auf. Die Wellen werden gross und grösser, das Schiff schwankt hin und her, das Wasser schwappt über die Reling und spritzt den Fahrgästen ins Gesicht. Sie haben Spass daran. Noch. – *Das Unwetter ist da.* – Erst als die dunkle Wetterwand die Sonne verschluckt, die ersten Blitze zucken und der Donner grollt, werden die Passagiere stumm und bleich. Schon fallen die ersten schweren Regentropfen und klatschen auf die nun verängstigten Ausflügler. Sie fliehen ins Innere des rollenden und stampfenden Schiffes. Es ist fast finster geworden, das Unwetter tobt wie ein Ungeheuer. Plötzlich ein grelles Licht und ein ungeheurer Knall. Kinder schreien und drücken sich in panischer Angst an die Eltern. Riecht es nicht auf einmal nach Rauch? Schon macht sich eine stinkende Wolke breit. Irgendwo muss ein Brand ausgebrochen sein. *«Feuer an Bord, hilft uns denn niemand, wo ist der Feuerlöscher, wo ist die Mannschaft, Kapitän, es brennt, das Schiff hat Schlagseite, wir sinken!»*, so schreien die Leute durcheinander. Ein etwa sechsjähriger Bub rennt verzweifelt zum Vater und schluchzt: *«Vati, müesse mer jetz stärke? I cha nid schwümme, gäll Vati, jetz ertrinke mer! Hilf mer doch!»* Der Vater beruhigt seinen Sohn, der sich in Papas starken Armen geborgen fühlt. Der Kleine vertraut seinem Vater. Und schon rennt die Mannschaft zum Brandherd und löscht das Feuer. Der Rauch verzieht sich. Auch der Sturm schläft ein, das Schiff fährt wieder ruhiger, der Kapitän steuert es gekonnt in den sicheren Hafen.

Ja klar, der kleine Mann war ich. Dieses Erlebnis bleibt für immer in meinem Gedächtnis. Der Sturm, die hohen Wellen, das Schaukeln des Schiffes, Blitz und Donner, das Feuer und die Panik unter den Passagieren – ich empfand das ganze «Drama» als viel grösser und gefährlicher als es war. Denn: Der Blitz schlug nicht auf dem Schiff ein, nur sehr nahe ins Wasser, und das Feuerchen entstand durch eine achtlos fortgeschmissene Zigarette. Sie landete auf einer Fussmatte, die dann zu lodern begann.

Immer wenn ich lese, wie Jesus den Sturm gebändigt hatte, kommt mir jene Schifffahrt auf dem Brienzersee in den Sinn. Ich kann die Jünger gut verstehen. Auch sie schreien: *«Üses Schiff kippet, mier wei nid ertrinke! Jesus, hiilfeee, wach uuf, mier sy i Not!»*

Und tatsächlich, Jesus schlägt seine Augen auf und sieht, wie die Jünger am ganzen Leib zittern vor Angst. Er steht auf und schreit den Sturm an: *«Fertig jetz, es längt, gstürmt gnuog, verzieh di, aber sofort!»* Die Wellen werden kleiner, und plötzlich herrscht Stille. Und zu den Jüngern sagt er: *«Häbet doch nid Angscht, i bi ja da u beschütze öich, o wes strub zue u här geit. Heit doch Vertroue!»*

Ja, wenn es im Leben blitzt und donnert, wenn Unwetter toben, vergessen wir oft, wem wir unsere Angst klagen dürfen. Ja, wir leben in stürmischen Zeiten. Und oft vergessen wir, auf den zu vertrauen, der die Welt in seinen Händen hält. Auf Jesus Christus, unseren Herrn. Aber sicher! ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU CH: Seit einigen Monaten verfügt die EDU Schweiz über Info-Kanäle auf WhatsApp und Telegram. Damit können wir unsere Mitglieder und Sympathisanten noch schneller über laufende Aktionen informieren. Jetzt kostenlos abonnieren und nichts mehr verpassen!

WhatsApp-Kanal abonnieren: unter «Kanäle» nach «EDU Schweiz» suchen – oder über diesen QR-Code:



Telegram-Kanal beitreten: auf Telegram suchen nach «EDU Schweiz» – oder über diesen QR-Code:



EDU CH: Am 1. August 2024 fand der von Gebet für die Schweiz organisierte nationale Gebetstag in Bulle FR statt. Ein Ziel des Vereins Gebet für die Schweiz ist, «das Interesse am Gebet für das Land, seine Behörden und seine Bewohner zu erneuern». Es war ein würdiger Gebetstag voller Überraschungen, Lobpreis, Anbetung und Vielem mehr. Die EDU Schweiz war mit einem eigenen Stand präsent. Es ergaben sich sehr viele, tolle Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern aus der ganzen Schweiz. Ein Anlass, der Mut machte und Zuversicht schenkte! Weitere Infos: www.gebet.ch



EDU AG: Seit dem Überfall und den Massakern am 7. Oktober 2023 auf israelische Zivilisten und dem darauffolgenden Einschreiten der israelischen Armee sind bereits über zehn Monate vergangen. Um den interessierten Personen einen Einblick der Lage vor Ort zu geben, lud die EDU Bezirk Kulm im Juli Michael Schneider aus Jerusalem zu einem Vortrag ein. Der Einladung folgten über 130 interessierte Personen. Die Gäste erfuhren hautnah, was es heisst, in einem Krisen- und Kriegsgebiet zu leben und welche Schwierigkeiten und Entbehrungen auf beiden Seiten zu ertragen sind. Nach wie vor befinden sich 120 israelische Geiseln in den Fängen der Hamas im Gazastreifen und die Armee Israels hat den Auftrag, diese nach Hause zu bringen.



Michael Schneider aus Jerusalem berichtet hautnah von den Geschehnissen im Nahen Osten.

Schweiz: Mehr Abtreibungen, weniger Geburten

Die Zahl der Abtreibungen in der Schweiz ist 2023 erneut gestiegen. Nach den neuesten Zahlen des Bundesamts für Statistik, die am 4. Juli 2024 veröffentlicht wurden, verloren im vergangenen Jahr 11'782 Kinder ihr Leben, noch bevor sie überhaupt geboren waren. Das sind noch einmal über 600 mehr als im Jahr 2022. Die Zahl der Geburten hingegen ist weiter stark rückläufig. Kamen 2021 noch 89'644 Kinder in der Schweiz zur Welt, sank die Zahl 2022 dramatisch auf 82'371. Im Jahr 2023 waren es gar nur noch 80'024. Innerhalb von zwei Jahren stieg also die Zahl der Abtreibungen um 8,4 %, während die Geburtenrate um 10,7 % fiel. Quelle: Stiftung Zukunft CH



Bild: 20min.ch / Getty Images

Olympia: «Transfrauen» im Frauensport

Imane Khelif aus Algerien kämpfte in der olympischen Disziplin des Frauenboxens gegen die Italienerin Angela Carini. Khelif schlug der Gegnerin so heftig auf den Kopf, dass sich der Kopfschutz löste. Nach nur 46 Sekunden brach Carini den Kampf ab. Dieses Match sorgt seither für eine grosse Kontroverse. Während das Olympische Komitee der Ansicht ist, Imane Khelif sei eine biologische Frau, widerspricht der Box-Weltverband IBA. So wurde Khelif bei der Box-WM 2023 ausgeschlossen, weil die DNA-Tests ergeben hätten, dass sie keine Frau sei und XY-Chromosomen habe. Der IBA begründete damals, die Schlagkraft bei Boxern, die eine männliche Pubertät durchlaufen haben, sei laut Studien im Vergleich zu Frauen um 162 Prozent höher. Biologische Männer im Frauensport: Was hat das noch mit gesellschaftlichem Fortschritt zu tun? Es wird Zeit, dass diese Ungerechtigkeit beendet wird! Quelle: www.emma.de

Wohneigentum für junge Familien

Wenn wir die demografische Entwicklung inklusive Zuwanderung in die Schweiz betrachten, ergibt sich eine immer weiter steigende Nachfrage an Wohnraum: 40'000 bis 50'000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr¹. Zudem steigt der Flächenbedarf pro Person, welcher auf eine zunehmende Anzahl kleiner, auf Individualismus ausgerichteter Wohnungen zurückzuführen ist.

Timmy Frischknecht, Präsident Junge EDU Schweiz



Das Angebot sinkt jedoch: Während 2018 noch 53'000 neue Wohnungen auf den Schweizer Markt kamen, waren es fünf Jahre später nur noch rund 43'000 Wohnungen. Durch einen Rückgang der zwischen 2016 und 2023 erteilten Baubewilligungen für Neubauten um über 30 % fehlen folglich der Schweiz jährlich 10'000 neue Wohnungen – ohne, dass eine Trendwende in Aussicht wäre! Doch was kann dagegen getan werden?

Gebäudeflächen besser nutzen

Sparen ist bekanntlich die günstigste – wenn leider auch unpopulärste Variante. Neben qualitativ hochwertigen Verdichtungen könnte auch eine Flexibilisierung der Bau- und Zonenordnungen neuen Wohnraum schaffen. Ohne die Verwendung von neuem Bauland oder die Tangierung neuer Nutzflächen könnte so auf bestehenden Bauten eine intensivere Nutzung ermöglicht werden. Des Weiteren könnten beispielsweise Aufstockungen von bestehenden Wohnhäusern erleichtert oder durch eine Erhöhung der Ausnutzungsziffern in Wohnzonen die Parzellen effizienter für Bauprojekte genutzt werden. Durch Umzonungen könnten auch Büro-einfacher in Wohnräume umgebaut werden.

Überregulierung und Bürokratie abbauen

Eine der dringendsten Verbesserungsmöglichkeiten sind Beschleunigungen von Baubewilligungs-, Einsprache- und Gerichtsverfahren, welche wertvolle Ressourcen derzeit überbeanspruchen.



Durch eine Erhöhung der Kostenfolgen könnten missbräuchliche Einsprachen finanziell unattraktiver und Prozesse durch eine bessere Digitalisierung von Baubewilligungsverfahren effizienter gestaltet werden. Weitere praktische Verbesserungsmöglichkeiten stellen zudem eine vernünftige Umsetzung der Lärmschutzverordnung, sowie Lockerungen beim Denkmal- und Heimatschutz dar.

Anreize familienfreundlich setzen

46,1 % der Mietwohnungen in der Schweiz werden von privaten Eigentümern vermietet. Private Vermieter sind also ein stabiler Pfeiler im Wohnungsmarkt der Schweiz². Entsprechend ist es auch für private Investoren wichtig, dass der Staat nicht durch Regulierungen sowie durch weitgehende Rendite- und Mietzinskontrollen die administrativen oder finanziellen Rahmenbedingungen überreguliert. Insbesondere für junge Familien ist es essenziell, dass der eigene Wohnraum nicht zu einem unfinanzierbaren Ziel wird und auf dem Weg dahin die Mieten immer weiter steigen. Deshalb sollte sich der Staat einer erleichterten Verwendung der angesparten BVG-Gelder für das Wohneigentum widmen.

Positionierung der Jungen EDU Schweiz

Am 7. August 2024 wurde die erste Parolenfassung gleichzeitig an den Standorten Thun (BE), Uster (ZH) und Weinfelden (TG) sowie virtuell durchgeführt und übertragen. So konnten Eltern, die ihre Kinder ins Bett gebracht haben, gleichwohl von der in Weinfelden geführten Debatte zwischen Nationalrat Manuel Strupler (SVP TG) und dem Geschäftsführer von Pro Natura Thurgau zur Biodiversitätsinitiative profitieren.

Hierbei fasste die Junge EDU neben der beinahe einstimmigen Nein-Parole zur Biodiversitätsinitiative und der heiss diskutierten Nein-Parole zur BVG-Reform bereits frühzeitig die doppelte Ja-Parole zu den OR-Änderungen der Untermiete und der Kündigung wegen Eigenbedarfs und setzen sich ein für bezahlbares Wohneigentum insbesondere für junge Familien. ●

¹ Quelle: <https://mehr-wohnraum.ch/manifest/>

² Quelle: <https://mehr-wohnraum.ch/manifest/>

Umfrage: Warum engagieren Sie sich für die EDU?

«Eine Partei auf biblischen Pfeilern»



Politische Themen wurden an unserem Familientisch immer rege diskutiert, daher hatte ich früh ein Interesse an diesen Fragestellungen. Erste Berührungspunkte mit dem politischen Geschehen habe ich in der Jungen SVP gesammelt. Ich habe mich dort zwar grundsätzlich sehr wohl gefühlt, um mich zu engagieren (z.B. bei Wahlen). Ich merkte aber, dass mir in der Partei ein grundlegender Pfeiler fehlt: Die Bibel als höchste Instanz. 2021 trat die EDU erstmals zu unseren kommunalen Parlamentswahlen an. Dies nahm ich als Anlass, die EDU künftig als Mitglied zu unterstützen. Kurz nach meinem Beitritt formierte sich die Junge EDU.

Mich nun mit Gleichaltrigen für die EDU engagieren zu können, bereitet mir besondere Freude.

Joana Tristante (22), ledig; Kauffrau EFZ, Mitglied EDU/JEDU; Hobbies: Kochen, Lesen, Pilzverein, Spaziergänge; wohnhaft in Niederscherli BE.

10. und 17. November 2024

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

MACHEN SIE MIT!

SONNTAG DER VERFOLGTEN KIRCHE

www.verfolgung.ch

Schweizerische Evangelische Allianz

zubi
Dein Sport- und Freizeitanbieter.

Los Lorentes Residences
loslorentes.com

www.huwa.ch **Huwa** seit 1911

KEIN KIND SOLLTE IN ARMUT LEBEN.
Deine Patenschaft wirkt.

Compassion

COMPASSION.CH

Der Schweizer Luftkissen-Schuh
www.kybun.swiss

kybun
Switzerland

Christlicher Hilfsbund im Orient

Hilfe für Armenier und den Libanon seit 1937.

www.hilfsbund.ch

eljah

Ihr Geschenk

Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!
Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUF IMMOBILIEN

Einfamilienhaus in 6033 Buchrain LU. Jg. 1971, Grundstück 638 m², 4.5 Zimmer. Gute, ruhige Wohnlage, gut unterhalten. Carport, 2 Sitzplätze. Baumbestand, Garten. Aussen-dämmung, Wärmepumpe. Fenster z. T. 3-fach Verglasung. Einkauf, Schule und ÖV in Gehdistanz. Preis ab CHF 1.2 Mio. Termin nach Absprache, keine Makler. K: efbuchrain@gmail.com

VERKAUFEN

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

VERMIETEN

Erstvermietung von 3 1/2-Zi.-Hausteil mit Wintergarten in Rüti ZH. Separater Eingang, am Stadtrand, mit dem ÖV gut erreichbar, in der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten, Wanderwegen (u. a. Jakobsweg), MZ CHF 1950.- plus NK, Parkplatz CHF 50.-. K: M. & B. Schäfli, Tel. 055 241 14 81. Pläne und Bilder erhältlich unter: markus.schaefli@schuleduernten.ch

Ferienwohnung im sonnigen Hochtal Avers GR, 6 Betten, für Ferien zu jeder Jahreszeit. In einer einzigartigen Bergwelt bieten sich im Herbst und im Frühjahr abwechslungsreiche Gelegenheiten für Wanderungen an. Im Winter gibt ein familiäres Skigebiet mit zwei Skiliften, Langlaufloipen und Winterwanderwegen viel Erholung. Beliebtes Skitourengebiet. MZ inkl. NK von Dez bis März CHF 480.-/W., restliche Jahreszeiten CHF 380.-/W. K: 071 642 15 19

Ferienwohnung in Alphüttli in Teuffenthal b. Thun, geeignet auch für grössere Familien. Infos unter weichel.ch: 033 442 19 17, 079 723 03 20

Ferien im Prättigau: 2 1/2-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

PARTNERSUCHE

Frau, Kt. AG, 66 Jahre jung, gläubige Christin, 160 cm, schlank, romantisch, sucht einen gepflegten, emphatischen und humorvollen Mann für eine gemeinsame Zukunft. Ich mag Klavierkonzerte, Fitness, reisen, feines Essen und Kunstwerke. Ab März-Okt. bin ich in meinem «Schlossgarten», male Bilder, lese, und grilliere mit Freunden. Ich freue mich auf dich. K: 062 534 24 41 oder

per Post: EDU-Standpunkt, Chiffre 92426, Postfach 1011, 3601 Thun Aarezentrum

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden ersten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon: jeweils am ersten Samstag im Monat 9–11 Uhr: **Gebetsfrühstück** im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

Dietikon: jeden 2. Donnerstag, 19 Uhr, Silber Church, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen.** K: https://israel-gebetstreffen.ch

9./23.9. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

15.9. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

13.9. Münchwilen: 20 Uhr, Restaurant Post, Eschlikon: **EDU-Stammtisch**

18.9. Uznach: 19.30 Uhr, Seminarcenter Treffpunkt, Etzelstrasse 5: **«Genderideologie» – Was steckt dahinter?** Referent: Pfarrer Paul Veraguth. Organisator: EDU Kreispartei See-Gaster

11.10. Schaffhausen: 20 Uhr, Restaurant Altes Schützenhaus, Schaffhausen: **Mitgliederversammlung.** K: www.edu-sh.ch

17.10. Schaffhausen: 20 Uhr, Kirche am Rheinfall Neuhausen: **Gebet.** K: www.edu-sh.ch

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg
16.–20.9. Weiterbildung «Fundamentalethik», mit Gerhard Prigodda

23.–27.9. Weiterbildung «Einführung Evangelistik», mit Lutz Scheufler
4.–6.10. Regionaltagung Wort und Wissen
K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Verfolgten Christen eine Stimme geben

31.8. 16.00–17.30 Uhr, **Bundesplatz Bern: Grosskundgebung.** Es darf nicht sein, dass das Leiden von Millionen von Menschen in westlichen Ländern kaum registriert wird. Zeigen Sie mit uns Betroffenheit über die massive und zunehmende Christenverfolgung weltweit und setzen ein starkes Zeichen für die Einhaltung der Religionsfreiheit. K: www.verfolgung.jetzt

Schweizerischer Bund Aktiver Protestanten CHBAP

2.11. 10–12 Uhr und 14–16 Uhr, Hotel Bern, Tagungsraum 2. Stock, Zeughausgasse 9, 3011 Bern: **«Reformationstagung 2024 des Schweizerischen Bundes Aktiver Protestanten, CHBAP».** Referent: Dr. theol. Roger Liebi. Tagungsthemen: «Gibt es Fehler in der Bibel?» und «Ist Israel ein Gottesbeweis?». Der Vorstand CHBAP freut sich auf Ihren Besuch. K: www.chbap.ch

Kontaktperson
Nicole Salzmänn
marktplatz@edu-schweiz.ch

Stimmt Ihre Adresse noch?
Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Adressmutationen und Ihre E-Mail-Adresse mit:
Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Danke!

Die EDU verfügt neu über ein Spendenkonto, welches mit Silber abgesichert ist. **Inhaber eines Silbergranulat Kontos können Spenden direkt an die Vertragsnummer der EDU (CH6947888) überweisen.**

Der «EDU-Standpunkt» 10/2024 wird am 30. September 2024 versendet.

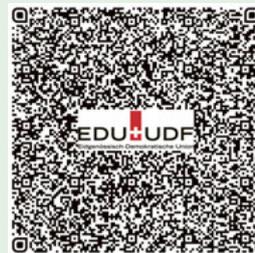
Redaktionsschluss:
7. September 2024
Druck: 25. Sept. 2024

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse

Damit wir Sie auch in Zukunft rasch über politische Aktionen informieren können, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen:
newsletter@edu-schweiz.ch



Scannen Sie diesen QR-Code und Sie kommen direkt in Ihr Mail-Programm.

Spenden mit Bitcoin



QR-Code für Twint-Spenden:



Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
 Postfach 1011
 3601 Thun Aarezentrum

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
 031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
 Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
 Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,
 Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfli

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: www.marschfuerslaebe.ch
 3: Karikatur Willu
 4 oben: Screenshot Reportage tagesschau.de
 8, 14: Adobe Stock
 11: Harold Salzmann
 Kopfbilder, 5, 6, 7, 9, 10, 15, 16: zvg

43. Jahrgang; erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 19 600 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.–/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MWST)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

Ein Gleichnis zum Glauben an Gott

Ein Universitätsprofessor stellte seinen Studenten folgende Frage: «Wurde alles, was existiert, von Gott erschaffen?»

Als ein Student bejahte, fragte der Professor weiter: «Wenn Gott alles erschaffen hat, dann hat Gott das Böse erschaffen, weil es existiert. Und nach dem Prinzip, dass unsere Handlungen uns definieren, dann ist Gott böse.»

Nach einer solchen Antwort schwieg der Student. Der Professor war sehr zufrieden mit sich. Er dachte, wieder einmal bewiesen zu haben, dass der Glaube an Gott ein Mythos ist. Danach hob der Student die Hand und fragte zurück: «Herr Professor, gibt es Kälte?»

«Was für eine Frage? Natürlich gibt es sie. War dir schon mal kalt?»

Die Mitstudenten lachten über die Frage des jungen Mannes. Doch dieser entgegnete: «Eigentlich, Sir, gibt es keine Kälte. Nach den Gesetzen der Physik ist das, was wir als Kälte betrachten, die Abwesenheit von Hitze. Eine Person oder ein Objekt kann untersucht werden, wenn sie Energie besitzt oder überträgt. Der absolute Nullpunkt (-460 Grad Fahrenheit) ist die totale Hitzeabwesenheit. Alle Materie wird hart und kann nicht auf diese Temperatur reagieren. Kälte gibt es nicht. Wir haben dieses Wort geschaffen, um zu beschreiben, wie wir uns in Abwesenheit von Wärme fühlen.» Der Student fuhr fort: «Professor, existiert Dunkelheit?» «Natürlich gibt es sie.»

«Wieder falsch, Sir. Selbst die Dunkelheit existiert nicht. Dunkelheit ist eigentlich die Abwesenheit von Licht. Wir können Licht studieren, aber nicht Dunkelheit. Dunkelheit ist ein Begriff, den der Mensch benutzt, um zu beschreiben, was in Abwesenheit von Licht passiert.»

Am Ende fragte der junge Mann den Professor: «Herr, existiert das Böse?»

Der Professor antwortete: «Klar, wie ich schon sagte. Das sehen wir jeden Tag. Grausamkeit, zahlreiche Verbrechen und Gewalt weltweit. Diese Beispiele sind nichts anderes als eine Manifestation des Bösen.»

Darauf der Student: «Das Böse existiert nicht, Sir, oder zumindest existiert es nicht für sich selbst. Das Böse ist einfach die Abwesenheit Gottes. Es ist wie Dunkelheit und Kälte – ein menschengemachtes Wort, um Gottes Abwesenheit zu beschreiben. Gott hat das Böse nicht erschaffen. Das Böse ist das Ergebnis der Abwesenheit göttlicher Liebe im menschlichen Herzen. Es ist die Art von Kälte, die kommt, wenn es keine Hitze gibt oder die Art von Dunkelheit, die kommt, wenn kein Licht scheint.»

Quelle: GottinBerlin.de, ein Projekt der Evangelischen Allianz Berlin e. V.

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk

Huttwil



www.kamele.ch

Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

062 962 11 52

Scribe
Übersetzungen – Korrektur – Redaktion

Die richtige Wortwahl

T 032 342 77 77 | info@scribe.ch | www.scribe.ch

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar.
Helfen Sie jetzt!»

lepramission.ch

RE/MAX

Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

TB TRANSPARENT
BROKER

fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg

www.rs-hilfsmittel.ch

E. + W. BERTSCHI
AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40

Spenglerei · Sanitär · Heizungen

BB Wertmetall®
Gut zu haben.

S-Deposito⁺

Mehrwert für Ihr Vermögen.

- ✓ Investition in 100 % physisches Silber
- ✓ Sehr attraktive Konditionen, da die Mehrwertsteuer entfällt
- ✓ Versicherte Verwahrung im Schweizer Zollfreilager
- ✓ Hohe Liquidität durch die Möglichkeit von täglichen Ein- und Auszahlungen
- ✓ Einkauf mit dem S-Deposito bei bereits über 60 Partnerunternehmen
- ✓ Investition kann durch physische Silbermedaillen ausgeliefert werden
- ✓ Automatische regelmäßige Entnahmen kostenfrei möglich
- ✓ Frequenz und Höhe der Einzahlungen kann flexibel festgelegt werden

 silber-deposito.ch

 062 892 48 48

 contact@bb-wertmetall.ch